

Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik
Herausgeber: Widerspruch
Band: 40 (2021)
Heft: 77

Artikel: Der Bund ist kein Haushalt : über die Fragwürdigkeit der "Staatsverschuldung"
Autor: Arnsperger, Christian
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1055527>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 24.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Der Bund ist kein Haushalt

Über die Fragwürdigkeit der «Staatsverschuldung»

Seit dem Frühjahr 2020 stehen wir vor der doppelten Notwendigkeit, eine Vielzahl von Akteuren und Wirtschaftszweigen massiv mit öffentlichen Mitteln zu unterstützen und die Zusammensetzung unserer wirtschaftlichen Aktivitäten auf längere Sicht neu zu überdenken. Erst kürzlich, im Juli 2021, behauptete die Leiterin der Eidgenössischen Finanzverwaltung im Schweizer Fernsehen, die fiskalische Disziplin der Schweiz habe es ermöglicht, «effektiv zu handeln»: «Länder wie Spanien oder Italien, die mit hohen Schulden in diese Krise gegangen sind, waren nicht in der Lage, ihre Wirtschaft zu stützen, wie es die Schweiz tun konnte. Das ist die Fabel von der Heuschrecke und der Ameise. Man muss in den guten Jahren sparen, um in Zeiten der Krise etwas ausgeben zu können.»

Ganz abgesehen von den zutiefst kulturalistischen, herablassenden Untertönen einer solchen Äusserung – das allzu müde Thema der angeblichen südländischen Fahrlässigkeit –, zeugt sie von einem Mangel an Verständnis, der mittlerweile endemisch geworden ist, was die Besonderheit der Situation der südeuropäischen Länder innerhalb der Eurozone wie auch im Vergleich zur Schweiz betrifft. Als ich im Februar 2021 mit etwa 150 europäischen Kolleg*innen (darunter dem Franzosen Thomas Piketty) einen Aufruf zum öffentlichen Schuldenerlass durch die Europäische Zentralbank (EZB) innerhalb der EU unterzeichnete, tauchte sofort in der konservativen *Neuen Zürcher Zeitung* eine weitere Karikatur auf: Wir seien allesamt «linke Ökonomen», welche als «Brandstifter» mit «Hirngespinsten» daherkämen, keinen Sinn für wirtschaftliche Realitäten hätten und irgendwie dächten, das Geld wachse auf Bäumen und sei stets unbegrenzt vorhanden.

Unwissenheit und Missverständnisse

Mit so vielen Missverständnissen und derart vorsätzlicher Unkenntnis kann die Debatte nicht geführt werden. Es ist dringend notwendig, dass wir anfangen, anders zu denken. Wenn wir das nicht tun, werden wir weiterhin die von der US-amerikanischen Ökonomin Stephanie Kelton (2020) zu Recht angeprangerte Fiktion aufrechterhalten: Der Staat sei ein Krämerladen, der jedes Jahr «über die Runden kommen» müsse, und um «zahlungsfähig» zu bleiben, müssten wir ständig «sparen» – sprich: Sozial- und Kulturausgaben «notgedrungen» reduzieren, Militärausgaben aufrechterhalten oder gar herauffahren, aber «nicht imstande sein», neue Kindertagesstätten zu finanzieren oder ein «kostspieliges» CO₂-Gesetz einzuführen und so weiter.

Das gilt womöglich für eine Familie oder eine Apotheke, gewiss aber nicht für eine Regierung wie die der Eidgenossenschaft. Die Schweiz gehört – wie die USA und eine Reihe anderer Staaten – zu den Nationen, die den Vorteil haben, eine eigene Währung auszugeben. Der Bund kann also so viele Franken schaffen, wie er braucht, und dabei die (geringen) Risiken einer Inflation bedenken. Mit anderen Worten: Die Schweiz besitzt *monetäre Souveränität*.

Die monetäre Souveränität basiert auf fünf grundsätzlichen Merkmalen, welche die Spielräume einer Regierung charakterisieren: Sie wählt eine Rechnungseinheit, auf die ihre Währung lautet; sie erlässt Verpflichtungen (einschliesslich Steuern), die auf diese Rechnungseinheit lauten; sie ist selber ein Emittent der auf diese Rechnungseinheit lautenden Währung und akzeptiert diese Währung zur Zahlung der auferlegten Verpflichtungen; wenn sie andere Verpflichtungen auf sich selbst ausstellt, lauten diese ebenfalls auf diese Rechnungseinheit und sind mit der Währung der Regierung zahlbar; und ihr Wechselkurs ist frei schwankend mit der Möglichkeit für ihre Zentralbank, ausländische Währungen nach Bedarf zu kaufen oder zu verkaufen (Wray 2019, 5–6).

Ein souveräner Emittent von Geld wie die Schweiz sieht sich niemals einer «Budgetbeschränkung» gegenüber, das Geld kann ihm niemals «ausgehen», er hat immer die Möglichkeit, seine eigenen Verpflichtungen (einschliesslich zukünftiger Zinszahlungen auf seine eigenen Staatsanleihen) in seiner eigenen Währung zu erfüllen, und besitzt die Fähigkeit, die Zinssätze für alle von ihm ausgegebenen Anleihen festzulegen (Wray 2019, 6). Was «Staats-schulden» angeht, sind wir im Grunde genommen als Bürger*innen *uns selber gegenüber* «verschuldet». Unsere Zentralbank hält einen Teil dieser Schulden in ihrer Bilanz, und die Bilanz der Zentralbank ist – um es nochmals zu betonen – nicht dasselbe wie die Bilanz eines Privatunternehmens

oder das Bankkonto eines Haushaltes. Die «Verschuldung» des Bundes ist eigentlich nur als Indikator zu sehen: Sie ist nichts anderes als eine *Zusammenfassung aller bisherigen Bemühungen des Bundes*, unserer Wirtschaft mehr Geld zuzuführen, als er durch Steuern einnimmt.

Somit wird ziemlich klar, dass das alarmistische oder angeblich realistische Gerede von «Staatsdefiziten» und «Bundesverschuldung» häufig gewollt vage ist, und in einigen konservativen wirtschaftlichen und politischen Kreisen sogar absichtlich unaufrechtig. Die Eidgenossenschaft «verschuldet» sich nicht: Sie führt der Wirtschaft bei Bedarf Geld zu, um wichtige Ziele der öffentlichen Hand zu verfolgen, für die die Privatwirtschaft nicht qualifiziert ist und für die der Bankensektor es nicht für rentabel hält, Geld durch Kredite zu schaffen. Jedes öffentliche Defizit erzeugt finanzielle Überschüsse im privaten Sektor. Es gibt deshalb auch keine «versunkenen» Hilfs- und Unterstützungsausgaben des Bundes, und ein Defizit muss nicht unbedingt durch erhöhte zukünftige Einnahmen gerechtfertigt werden. Steuern werden nicht primär zur «Rettung» der Bundeskasse verwendet. Ebenso wenig die Ausgabe von Bundesanleihen. Sie sind Instrumente, um die sozialen und ökologischen Prioritäten des Bundeshaushalts an die möglichen Inflationsrisiken anzupassen.

Die Covid-Krise bietet hierfür eine Illustration. Es den Menschen ermöglichen, zu Hause zu arbeiten oder womöglich wochen- oder monate lang nicht zu arbeiten – ja, gar gesamte Bereiche wie Gastronomie, Sport oder Kultur über längere Zeitspannen zu schliessen – sei «teuer», sagen uns sämtliche Funktionär*innen und Entscheidungsträger*innen. Wenn man die Aktivität zu lange niedrig hält, behaupten sie, werden die öffentlichen Mittel nicht ausreichen, weil die Steuereinnahmen und die öffentlichen Defizite nicht ausdehnbar sind. Diese Argumentation ist in der Tat für Waadt oder Graubünden als Kantone, für Wallonien oder die Alpes de Haute-Provence als Regionen, und sogar für Arizona, Griechenland oder Deutschland als Nationen ohne monetäre Souveränität innerhalb eines Bundes gültig. Aber die Schweizerische Eidgenossenschaft unterliegt, genau wie die US-Bundesregierung, keiner derartigen Beschränkung und kann so viele Hilfs- und Unterstützungsprogramme wie nötig finanzieren, über einen unbegrenzten Zeitraum, ohne einen Haushalt «ausgleichen» zu müssen.

Eine neue Vision für öffentliche Finanzen

In der Fachsprache heisst obiges Konzept *funktionale öffentliche Finanzen* («functional public finance») (Lerner 1955). Das Argument lautet, dass der

Bund seine Ausgabenpolitik angehen sollte, indem er rigoros prüft, «wofür» und «für wen» seine Ausgaben getätigt werden: Was ist dringend, was sind die sozialen und ökologischen Prioritäten, welche Sektoren sollten daher unterstützt werden, und welche langfristige Dynamik wollen wir erreichen, um die Schweizer Wirtschaft sozialer und nachhaltiger zu gestalten und gleichzeitig eine Inflation von mehr als zwei Prozent zu vermeiden? Wenn unsere kollektive Antwort auf diese funktionalen Fragen zufällig mehr Staatsausgaben als Steuereinnahmen beinhaltet, hält das Finanzministerium einfach fest, dass mehr Franken sein Konto bei der SNB verlassen haben, als es durch Steuern eingenommen hat.

Die Ausgaben entstehen durch die Haushaltsbeschlüsse des Bundes, werden vom Parlament kontrolliert und bestätigt und von der nationalen Finanzverwaltung in Zusammenarbeit mit der Nationalbank finanziert. Durch die Linse der funktionalen öffentlichen Finanzen gehen die Steuereinnahmen und die staatliche «Kreditaufnahme» nicht den öffentlichen Ausgaben voraus – im Gegenteil: Genauso wie Geschäftsbanken nicht warten, bis sie alle ihre Kredite durch Einlagen im Voraus abdecken können, «wartet» der Bundesrat nicht, bis er genug Einnahmen hat, um seine Ausgaben zu tätigen. Aber in einer Krisensituation wird genau das von ihm erwartet.

Der Ansatz der funktionalen öffentlichen Finanzen ist keine Entschuldigung für rücksichtslose öffentliche Ausgaben. Er hat auch nichts mit «Helikoptergeld» zu tun. Aber gehen wir weiter: Da die Bundesverfassung unseren Kantonen keine Geldemissionsbefugnis einräumt und da auch unsere Gemeinden wichtige Kompetenzen wahrnehmen, sollte es ein kantonales und kommunales Ziehungsrecht auf einen dafür vorgesehenen Geldemissionsschlag des Bundes geben. Ein kantonales Defizit ist kein Problem, so lange es in einen Teil des Bundesdefizits umgewandelt werden kann – welches, wenn es nicht allzu inflationär ist, kein Problem darstellt. Das Gleiche gilt für ein kommunales Defizit.

In einer Zeit, in der wir uns inmitten einer Gesundheits- sowie einer sozialen und ökologischen Krise befinden, mit immensen und legitimen Bedürfnissen, die in einer Bevölkerung entstehen, welche sich in Notlage befindet, auf einem Planeten, der brennt und erstickt, ist es bedauerlich, selbst in einem monetär souveränen Land wie der Schweiz weiterhin das Gerede von einer föderalen «Schuldenbremse» zu hören, von zukünftiger «Austerität» und von der Notwendigkeit, «das Wachstum wiederzubeleben», um die Defizite «abzubauen». Die hiesigen Befürworter dieser vorherrschenden Ansicht verstärken und verewigen die fehlgeleiteten Ansichten so vieler wirtschaftlicher und politischer Entscheidungsträger*innen, auf der Rech-

ten und der Linken. «Fiskale Bescheidenheit» ist ein äusserst bequemes Werkzeug, um einen neoliberalen und kapitalistischen Staat schmerzlos aufrecht zu erhalten und die Bevölkerung – vor allem die Arbeiterschichten – davon moralisch zu überzeugen, dass «zu viel Staat» und «zu viele Ausgaben» schlecht sind, für sie und auch für ihren Nachfahren. Fortlaufende Privatisierung und Gewinnmaximierung seien da, so diese verquere Ideologie, viel «rationaler». Genau diese Lüge führt uns aber in Zukunft, und bereits heute schon, in unakzeptable Engpässe.

Die Zukunft finanzieren

Für die Gegenwart und für die Zukunft ist die massive Finanzierung eines gross angelegten Green New Deals (Prakash/Girgenti 2018; Aronoff u. a. 2019) dringend erforderlich, der die Wirtschaft klimaverträglich und ökologisch saniert, Arbeitsplätze schafft und den Weg in eine Postwachstumsgesellschaft sichert (Jackson 2021). Es gibt mittlerweile – in den USA, aber auch in der EU und bei mehreren progressistischen Parteien wie DiEM25 oder den Schweizer Grünen – verschieden akzentuierte Versionen von einem Green New Deal.

Allen Konzepten gemein ist ein äusserst umfangreiches Infrastrukturen-Programm samt strukturellem Wandel im gesamten industriellen Gewerbe und auf sämtlichen Segmenten des Arbeitsmarktes. Wir müssen unsere Mentalität ändern – weniger konsumieren, Bildung fördern, anders arbeiten, anders produzieren, unsere Mobilität anpassen und gleichzeitig auch unsere Infrastrukturen erneuern.

Das ist sozusagen eine sozial-ökologische Neufassung vom amerikanischen New Deal der 1930er-Jahre, der Millionen von Menschen aus dem Loch der Wirtschaftskrise geholfen hat. Wir brauchen heute unbedingt einen «grünen Keynesianismus» (Tienhaara 2018) – und das gefällt freilich vor allem der engstirnigen, bürgerlich-konservativen Seite nicht, denn sie besteht nach wie vor darauf, dass selbst in einem monetär souveränen Staat wie der Schweiz die fehlgeleitete «Krämerladen-Logik» weiter herrscht. Hauptgrund dafür ist der politische Opportunismus, den Kelton (2020) aus ihrer eigenen Erfahrung im US-Kongress mitbrachte: Man kann immer Massnahmen, die einem missfallen – zum Beispiel Steuerreform oder Sozialhilfe – mit der Begründung abweisen, sie seien für den Bundeshaushalt «zu teuer».

Eine Postwachstumsgesellschaft bedarf genauso viel, wenn nicht mehr kollektiver Vorsorge und öffentlicher Dienstleistungen wie eine Gesellschaft, die in der Geiselhaft der Wachstumslogik gehalten wird. Die Übergangsperiode ins Postwachstum verlangt, dass ganze Tätigkeitsbereiche nach und

nach eliminiert, abgebaut und umgestellt werden, andere schnell wachsen. Solche Ausgaben können nur kollektiv finanziert werden. Denn Nullwachstum bedeutet keineswegs, dass keine öffentlichen Ausgaben mehr getätigt werden. Die Idee, Wohlstand könne einzig und allein durch stetiges Wachstum erzeugt werden, also als «Wachstumsdividende», ist ein Trugschluss. Erstens hat Wachstum erhebliche und immer steigende menschliche wie auch ökologische Kosten (Lane 2001). Zweitens bringt es im Kapitalismus eine endemische Tendenz zur Ungleichheit und zur «Umverteilung nach oben» mit sich (Pickett/Wilkinson 2016).

Deshalb muss heute das politische Gemeinwesen an die Stelle der Privatwirtschaft als Träger und Finanzierungsquelle bestimmter Aktivitäten treten. In einem Land ohne geldpolitische Souveränität ist dies allerdings schwierig: Ohne konstantes Wachstum häufen sich die öffentlichen Defizite an und wollen buchstäblich zurückgezahlt werden; der öffentliche Handlungsspielraum ist schmal und schrumpft mit der Zeit. Ein Beispiel: In Belgien ist Wallonien eine der dynamischsten Regionen in Bezug auf den ökologischen Wandel, aber aufgrund einer doppelten föderalen Abhängigkeit (Belgien innerhalb der Eurozone, Wallonien innerhalb Belgiens) gibt es praktisch keine Fördermittel. Monetäre Knappheit regiert und bindet die Energien der Bürger*innen. Die Schaffung lokaler Komplementärwährungen könnte da zwar helfen (Lietaer u. a. 2012), aber oft können damit keine umfangreichen Investitionen oder Programme für eine grosse Anzahl von Menschen, Waren oder Dienstleistungen finanziert werden.

Die Höhe der kollektiven Ausgaben, die für einen Übergang zu Postwachstum erforderlich sind, können je nach Standort und ideologischer Ausrichtung variieren. So könnte zum Beispiel der Bund gezielt Beschäftigungsförderungs- und Hilfsprogramme finanzieren, die mit der Notwendigkeit des Abbaus in Einklang stehen. Dies könnte in Form einer dauerhaften und bedingungslosen staatlichen Beschäftigungsgarantie oder mittels eines Grundeinkommens geschehen. Dabei sollten zwei Elemente artikuliert werden: Auf der einen Seite eine föderale öffentliche Geldschöpfung, auf der anderen Seite eine Dezentralisierung der zugeteilten Mittel an lokale Vereinigungen oder Genossenschaften. Diese sollten mit der Auswahl von Wirtschaftsprojekten mit hohem sozialem und/oder ökologischem «Mehrwert» beauftragt werden und dabei einer Reihe von Prinzipien gehorchen, die aus der Sozialen und Solidarischen Ökonomie (SSÖ) stammen und gleichzeitig der von Kate Raworth (2017) propagierten Logik des «Donut» folgen, nach der jedes Projekt einen nachweisbaren Beitrag zur Einhaltung der planetarischen Grenzen leisten muss.

Diese Form der föderalen Beschäftigungsgarantie – die in keiner Weise eine Verpflichtung zur Arbeit darstellt (Tcherneva 2020) – würde es ermöglichen, die Verwaltung von öffentlich finanzierten Arbeitsplätzen lokalen und gemeindebasierten Einrichtungen zu überlassen, welche die Bedürfnisse besser kennen und verstehen als die föderale Ebene. Eine sozial-ökologische Konditionalität, wie sie zum Beispiel Swaton (2020) oder Alt (2020) den Projekten auferlegen, scheint vernünftiger zu sein als der alleinige Fokus auf «Vollbeschäftigung». Für sich genommen und ohne weitere Schutzmassnahmen, dürfte dieser auf industrielle und umweltverschmutzende Aktivitäten ausgerichtet bleiben, wie es bei den Beihilfen für die kommerzielle Luftfahrt während der Covid-Krise der Fall war. Verharren wir im Produktivismus, ignorieren wir die notwendige Reduktion des ökologischen Fussabdrucks.

Ist die Schweiz ein monetär souveräner Zwerg?

Der Schweizer Bundesrat hat Angst vor seinem eigenen Schatten – aber auch, und das zu Recht, vor der geringen Grösse des Landes und der starken Abhängigkeit vom Ausland. Die Schweiz ist eine kleine, offene Volkswirtschaft, die schnell reich geworden ist, indem sie die europäische und globale Wirtschaft parasitiert hat, während sie sich einbildet, besonders tugendhaft zu sein.

Angst vor seinem eigenen Schatten hat der Bund, weil er die kulturellen Klischees des «Weisen» und des «guten Schülers» perpetuiert, als ob öffentliche Ausgaben an sich bloss ein notwendiges Übel wären. Ein allgemeines Konjunkturprogramm wie in Europa oder den Vereinigten Staaten sei «nicht notwendig», so die Leiterin der Bundesfinanzverwaltung: «Die Schweiz muss den schlechten Schülern nicht folgen. Es sollte kein Ziel an sich sein, sich zu verschulden. Wenn wir uns mit anderen Ländern vergleichen, haben wir eine Verschuldung von dreissig Prozent unseres BIP, verglichen mit hundert Prozent für den europäischen Durchschnitt. Wir befinden uns also in einer sehr günstigen Situation.»

Der Bund offenbart hier seine Unwissenheit, was die Implikationen der monetären Souveränität angeht. Und noch weiter: «Diese Position sollte es uns ermöglichen, die notwendigen Massnahmen zu ergreifen und die notwendigen Ausgaben zu tätigen, vorausgesetzt, das Kosten-Nutzen-Verhältnis ist es wert.»

Dies ist sowohl trivial – denn welcher demokratische Staat könnte Ausgaben ohne Notwendigkeit rechtfertigen? – als auch alarmierend: Sollen es

erneut die Austeritäts- und «Schuldenbremsen»-Verfechter*innen sein, die beurteilen, was ein zureichendes «Kosten-Nutzen-Verhältnis» ist?

In diesem Zusammenhang ist für ein Land wie die Schweiz die Inflation ausschlaggebend: sowohl die eingeführte Inflation, die durch eine mit dem Wechselkurs verbundene Verteuerung importierter Waren erfolgt, als auch die interne, die durch eine allzu grosszügige Geldschwemme erzeugt wird. Da der Schweizerfranken keine dem US-Dollar gewachsene Weltwährung ist, ist der Freiheitsgrad der Schweiz in der Tat geringer als der der USA. Wir müssen vorsichtig innerhalb eines *nicht inflationären Fensters* verbleiben.

Nichtsdestotrotz müssen die kulturell und ideologisch bedingten, durch Jahrzehnte neoliberaler Indoktrinierung an Wirtschaftsfakultäten verstärkten Reflexe abgebaut werden: Denn gut auf die Realwirtschaft abgezielte Staatsausgaben erzeugen keine «Schulden» und keine «Inflation», sondern verbessern unweigerlich die wirtschaftliche Lage. In Wirklichkeit geht es der Schweiz *nicht wegen, sondern trotz* der öffentlichen «Ersparnisse» und «Schuldenbremsen» relativ gut (Bacchetta 2017). Wir sollten also solche fragwürdigen und überholte Auffassungen nicht länger im Umlauf halten.

Literatur

- Alt, John, 2020: Paying Ourselves to Save the Planet. A Layman's Explanation of Modern Money Theory. Santa Fe
- Aronoff, Kate / Battistoni, Alyssa / Cohen, Daniel / Riofrancos, Thea, 2019: A Planet to Win. Why We Need a Green New Deal. London
- Bacchetta, Philippe, 2017: Is Swiss public debt too small? In: Monetary Economics Issues Today. Festschrift in Honour of Ernst Baltensperger. Zürich, 193–202
- Jackson, Tim, 2021: Post Growth. Life after Capitalism. Cambridge
- Kelton, Stephanie, 2020: The Deficit Myth. Modern Monetary Theory and the Birth of the People's Economy. New York
- Lane, Robert, 2001: The Loss of Happiness in Market Democracies. New Haven
- Lerner, Abba, 1955: Functional Finance and the Public Debt. In: Smithies, Arthur / Butters, J. Keith (Hg.): Readings in Fiscal Policy. Homewood, 468–478
- Lietaer, Bernard / Arnsperger, Christian / Goerner, Sally / Brunnhuber, Stefan, 2012: Geld und Nachhaltigkeit. Von einem überholten Finanzsystem zu einem monetären Ökosystem. Berlin
- Pickett, Kate / Wilkinson, Richard, 2016: Gleichheit. Warum gerechte Gesellschaften für alle besser sind. Berlin
- Prakash, Varshini / Grgenti, Guido (Hg.), 2018: Winning the Green New Deal. Why We Must, How We Can. New York
- Raworth, Kate, 2018: Die Donut-Ökonomie. Endlich ein Wirtschaftsmodell, das den Planeten nicht zerstört. München
- Swaton, Sophie, 2020: Revenu de transition écologique. Mode d'emploi. Paris
- Tcherneva, Pavlina, 2020: The Case for a Job Guarantee. Cambridge
- Tienhaara, Kyla, 2018: Green Keynesianism and the Global Financial Crisis. London
- Wray, L. Randall, 2019: Alternative Paths to Modern Monetary Theory. In: Real-World Economics Review, Heft 89, 5-22